

Die Ernährungsfragen.

Vom Reichsrats-Abgeordneten Dr. Franz Dinghofer, Bürgermeister der Stadt Linz.

Mit einem unterernährten Volke ist nicht viel anzufangen. Daher ist die Sorge für eine hinreichende Ernährung der Bevölkerung eine Aufgabe der Allgemeinheit. Die österreichische Staatsverwaltung hat zu Beginn des Krieges nur zögernd diese Grundwahrheit sich zu eigen gemacht und es wurde daher viel veräußert. Das System der zentralen Bewirtschaftung ist zum Schutze der breiten Massen der Bevölkerung notwendig. Nur sollte mehr der legitime Handel herangezogen werden, insbesondere bei den sogenannten Zentralen.

Zu bedauern ist, daß auch heute noch insbesondere in der Form und Einrichtung der Zentralen der einheitliche Wille in der Behandlung der Ernährungsfrage fehlt. Besonders schwierig ist unser Verhältnis gegenüber Ungarn geworden. Die Ungleichheiten in der Versorgung zwischen Oesterreich und Ungarn wirken verbitternd. Andererseits müssen die Deutschen in Oesterreich und die Magyaren in Ungarn politisch zusammengehen.

Die Wiederherstellung des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes mit einer gemeinsamen Ernährungszentralstelle muß gefordert werden. Am wenigsten glücklich waren wir bisher im Kampfe gegen die Teuerung. Die wucherischen Schiedungen sind schärfstens zu bekämpfen, ohne in Kleinlichkeit zu verfallen, die Erzeugung und der Handel mit Surrogatartikeln ist unter Kontrolle zu stellen. In der Organisierung der Lebensmittel muß scharf unterschieden werden zwischen Produktion, Erfassung und Verteilung der Lebensmittel. Hinsichtlich des Anbauzwanges kann man verschiedener Meinung sein. In Oesterreich ist aus den verschiedensten Gründen eine behördliche Einflußnahme auf den Anbau notwendig. Nur hat sich das Kontingentierungssystem nicht bewährt, an dessen Stelle sollte die individuelle Erfassung treten, wobei kleinliche Schikane zu vermeiden sind.

Auch hier wäre der legitime Handel möglichst heranzuziehen, ebenso bei der Verteilung der Lebensmittel, die in erster Linie den G e m e i n d e n obliegen sollte und bei uns gegenüber Deutschland auch nicht einheitlich durchgeführt ist. Die Ursache hierfür mag in der Verschiedenheit der Gemeindeverwaltungen zu suchen sein. Das System der Gemeinwirtschaft wird mit dem Kriege nicht sofort verschwinden können. Sehr wünschenswert wäre, wenn vielleicht bei den Friedensbedingungen eine Rohstoff- und Lebensmittelergän-

zung für uns aus dem Auslande möglich würde. Oberster Grundsatz in der Ernährungsfrage bleibt die Einordnung jedes Einzelnen in die Forderungen des Gesamtwohles. Wie die Soldaten draußen Entbehrungen und Leiden gemeinsam tragen, so wird auch die Bevölkerung leichter ausharren, wenn sie weiß, daß mit gleichem Maße alle gemessen werden.